

24.11.2009

Antrag

der Fraktion der SPD

Forderungen der Studierenden ernst nehmen - Studium studierbar machen -

Der Bildungsstreik an den Hochschulen des Landes hat einmal mehr deutlich gemacht: Die Studierenden, die Schülerinnen und Schüler stehen unter immensem Druck. Ein Druck, den die Politik mit aufgebaut hat und den Landesregierung, Landtag und Hochschulen wieder von den jungen Menschen nehmen müssen. Wissenschaftspolitiker, die wie Minister Pinkwart, den Studierenden unterstellen, sie würden mit "ideologischen Scheuklappen" und nicht an der Sache orientiert diskutieren, leiden an Realitätsverlust. Die Studierenden demonstrieren nicht, um der Demonstration willen - sie wollen vernünftig und erfolgreich studieren.

Es ist richtig: Die Bologna-Reform muss an den Hochschulen umgesetzt werden. Doch mit dieser Umsetzung kann das Land die Hochschulen nicht allein lassen. Zu schwerwiegend sind die Auswirkungen schlecht umgesetzter Bachelor- und Master-Studiengänge auf die Studierenden. Viel schwerer wiegt jedoch, dass die zusätzlichen Arbeits- und Prüfungslasten in NRW mit der Einführung der Studiengebühren zusammenfallen. Das heißt, die Studierenden stehen zusätzlich unter existenziellem Druck. Sie müssen ihren Lebensunterhalt, zum Teil sogar noch den ihrer Familien, verdienen und dann auch noch die Studiengebühren bezahlen. Dass sie dazu häufig noch mit schlechten Studienbedingungen konfrontiert sind, bringt das Fass zum Überlaufen. Die Politik muss und kann also in allererster Linie den finanziellen Druck von den Studierenden nehmen. Die Abschaffung der Studiengebühren wie in Hessen wäre ein Anfang, gefolgt von der Einführung einer gerechten Studienfinanzierung. Ein Stipendiensystem, das wie in NRW gerade 0,3 Prozent der Studierenden erreicht, ist elitäre FDP-Symbolpolitik.

Mittlerweile räumt nun auch Bundesbildungsministerin Schavan ein, dass die Forderungen der Studierenden berechtigt sind, versucht, erfolgreiche SPD-Bildungspolitik fortzusetzen und kündigt die Erhöhung des BaföG an. Das ist begrüßenswert, wenn es denn ohne Winkelzüge umgesetzt wird.

Allerdings muss diese Erhöhung schnellstmöglich umgesetzt werden. Das sehen im Übrigen nicht nur SPD-Länderbildungsminister, sondern auch ihre CDU-Kollegen so. Deshalb sollte sich nun auch der zuständige Wissenschaftsminister des Landes NRW für eine schnellstmögliche Erhöhung des BaföG einsetzen. Der bloße Verweis auf den Berliner Koalitionsver-

Datum des Originals: 24.11.2009 /Ausgegeben: 24.11.2009

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

trag, in dem lediglich eine Weiterentwicklung des Bafög angekündigt wird, macht deutlich, dass Minister Pinkwart nicht bereit ist, eine Studienfinanzierung, die diesen Namen verdient, auf den Weg zu bringen.

Wir fordern deshalb, dass die Politik wieder die Interessen der Studierenden in den Blick nimmt. Das Augenmerk der Wissenschaftspolitik muss sich wieder stärker auf die Qualität von Studium und Lehre richten, anstatt die Lehrenden in immer neue Wettbewerbe, Antragsrunden, Evaluierungen zu schicken. Nur so profitieren auch die Studierenden von der Exzellenz der Professorenschaft und der Hochschulen.

Deshalb fordern wir die Landesregierung auf:

- endlich die Forderungen der Studierenden ernst zunehmen.
- endlich die Studiengebühren abzuschaffen, damit der Zugang zu Bildung für möglichst viele gewährleistet ist und die Studierenden ihre Zeit zum Studieren nutzen können, anstatt unter der Last verschiedenster Jobs den erfolgreichen Abschluss ihres Studiums zu gefährden.
- sich endlich mit der Bundesbildungsministerin und den Wissenschaftsministern der Länder für eine sofortige Erhöhung und vor allen Dingen Weiterentwicklung des Bafög einzusetzen.
- endlich ihre Verantwortung für eine Umsetzung der Bologna-Reform, die Bachelor- und Master-Studiengänge wieder studierbar machen, wahrzunehmen, Standards zu definieren und die Einhaltung derselben auch zu kontrollieren.
- endlich Anreize zu setzen, dass gute Lehre als Profilierungsmerkmal für die Hochschulen das gleiche Gewicht gewinnt wie gute Forschung.
- endlich einen Studienpakt für gute Lehre auf den Weg zu bringen und über zusätzliche Mittel und Zielvereinbarungen sicherzustellen, dass gezielt mehr Personalstellen zu vernünftigen Bedingungen geschaffen werden, und zwar sowohl bei Professorinnen und Professoren wie auch im akademischen Mittelbau.

Hannelore Kraft
Carina Gödecke
Marc Jan Eumann
Karl Schulheis

und Fraktion